

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

1. Juni 2021

Mit ver.di im Gespräch Susanne Klose - Neue Abteilungsleiterin III

Sofort nachdem am 10.05.2021 die neue Abteilungsleiterin der Abteilung III in der Senatsverwaltung für Finanzen (Steuerabteilung), Susanne Klose, im AIS vorgestellt wurde, haben Eric Lausch (links) und Jörg Bewersdorf von der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung Kontakt aufgenommen, für das neue Betätigungsfeld alles Gute gewünscht und um ein erstes Gespräch gebeten. Die Einladung folgte nur 11 Minuten später und bereits am 26. Mai kam es zu einem ersten persönlichen Austausch.



Schnell war klar, dass die Vielzahl drängender Fragen, aber auch die Behandlung von Zukunftsthemen für die Steuerverwaltung in Berlin regelmäßige Treffen erfordern, zu denen Frau Klose ohne Zögern ihre Bereitschaft erklärt hat.

„Stellenanmeldungen, die wir realistisch nicht besetzen können, bringen den Beschäftigten nichts“

Die angespannte Personalsituation war Auftaktthema des 90-minütigen Zusammentreffens im Büro der Abteilungsleiterin. Die ver.di-Vertreter wiesen auf den Personalunterbestand von zuletzt rd. 387 Vollzeitäquivalenten hin und des sich aus der Personalbedarfsberechnung ergebenden Stellenbedarfs von zusätzlichen 676 Stellen. Nach bisherigen Erkenntnissen sollten gut 652 Stellen zum Haushalt 2022 angemeldet werden. Frau Klose machte deutlich, dass dies einerseits nicht realisierbar war, andererseits Stellenanmeldungen in einem solchen Umfang Mittel für andere wichtige Ausgaben wie die technische Ausstattung blockieren würden. „*Stellenanmeldungen, die wir*

realistisch nicht besetzen können, bringen den Beschäftigten nichts“, so Susanne Klose. Sie hat deshalb entschieden, nur 250 Stellen für die Finanzämter und 65 Beschäftigungspositionen für die Bewältigung der Grundsteuerreform zum Haushalt anzumelden. Nur eine solche Stellenanzahl sei bis zum Ende des Haushaltszeitraum realistisch zu besetzen. Die Ausbildungszahlen wurden bereits bis zur Grenze des Zumutbaren erhöht (Anm. der Redaktion: In 2022 und 2023 sollen 270 Finanzanwärter*innen und 210 Steueranwärter*innen eingestellt werden.) *„Wir müssen die Realitäten in den Ämtern sehen“*, so die Abteilungsleiterin, die mit den ver.di-Vertretern die Einschätzung teilte, dass die praktische Ausbildung von Anwärtinnen und Anwärtern sowie Quereinsteigenden die Beschäftigten in den Finanzämtern bereits jetzt schon sehr stark belastet.

Laut Frau Klose sind die Finanzämter aktuell weit von einer 90 %-igen Stellenbesetzung entfernt. Aktuell seien lediglich 82 % des Stellenbedarfs laut PersBB besetzt. Sie hofft, diesen Anteil innerhalb des nächsten Haushaltszeitraums zumindest auf 85 % steigern zu können. Unter den aktuellen personellen Bedingungen sei aber auch klar, dass bei der Bearbeitung Abstriche gemacht werden müssten. Und im Außendienst könnten keine abstrakten Fallmengen die Zielvorgaben bestimmen. Die zu erledigenden Fälle müssten sich an der Anzahl der tatsächlich vorhandenen Prüferinnen und Prüfer orientieren.

„Die Bearbeitung der Umsatzsteuerfälle im FA Neukölln muss auf solide Füße gestellt werden.“

Eric Lausch wies hinsichtlich des Aufgabenzuwachses durch die Umsatzsteuerfälle im FA Neukölln und die bevorstehende Umsetzung der Grundsteuerreform auf die weiteren Herausforderungen für die Finanzämter bei der zu geringen Personalausstattung hin. Frau Klose machte deutlich, dass die Bearbeitung des Aufgabenzuwachses im FA Neukölln schon jetzt technisch an seine Grenzen stoße, weil die zur Verfügung stehenden Steuerbezirke bereits *„vollgelaufen“* seien. *„Die Bearbeitung der Umsatzsteuerfälle muss auf solide Füße gestellt werden. Technisch ist die Umsetzung auf Dauer so nicht möglich“*. Auf die Frage der ver.di-Vertreter, ob denn die Bearbeitung dieser Fälle dauerhaft in Berlin bleiben müsste, sieht Frau Klose vor der parlamentarischen Sommerpause keine Chance für eine politische Entscheidung, Berlin hier zu entlasten. Aus Sicht der Abteilungsleiterin habe man hingegen die Umsetzung der Grundsteuerreform im Griff. *„Das läuft gut“*, so Susanne Klose.

„Man muss Anreize im Rahmen der Stellenbewertungen schaffen“

Die ver.di-Vertreter sprachen sodann das Thema Stellenbewertungen an. *„Hier müsse man Anreize schaffen, besonders in höherbewerteten Bereichen“*, so Eric Lausch. *„Es sei nicht verständlich, dass z. B. in der Rb-Stelle keine Beförderung nach A 13 S möglich sei.“* Auch müsse man in der Laufbahngruppe 1 mehr Möglichkeiten zum Erreichen der Spitzenämter A 9 S und A 9 Z schaffen. Jörg Bewersdorf, zugleich Arbeitnehmervorteiler im GPR, machte deutlich, dass Stellenabmeldungen auch höherwertiger Stellen im Tarifbereich angesichts des Quereinstiegs künftig unterbleiben müssen. Dem stimmte die Abteilungsleiterin grundsätzlich zu. Einig war man sich, dass bei den Stellenbewertungen mehr Kreativität erforderlich sei.

„Mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege, Beruf und persönlichen Interessen“

Eric Lausch machte deutlich, dass die DV-Flex nach 21 Jahren ihres Bestandes inzwischen in die Jahre gekommen sei. Die Beschäftigten merkten sehr wohl, dass in der Senatsverwaltung für Finanzen eine andere DV-Flex gelte, die mehr Spielraum zuließe. *„Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege, Beruf und persönlichen Interessen hat heute eine immens hohe Bedeutung, wenn es um die Attraktivität als Arbeitgeber geht“*, so Jörg Bewersdorf. Susanne Klose machte klar, dass es hier keinesfalls eine Verschlechterung geben werde, forderte die Gewerkschaftsvertreter aber auch auf, einen Vorschlag für eine Weiterentwicklung vorzulegen. Mit Ihrer Aussage *„Je moderner wir werden, umso besser ist der Umgang mit unseren Dienstkräften“* machte die Abteilungsleiterin deutlich, dass eine moderne Steuerverwaltung vor modernen Arbeitszeitregelungen nicht Halt machen darf. Wir werden konkrete Vorschläge einbringen.

„Kommunizieren Sie, was, wann, wo und warum passiert“

Zum Abschluss des Gesprächs forderten Eric Lausch und Jörg Bewersdorf Frau Klose auf, sich für eine direkte SenFin-Information der Beschäftigten in den Finanzämtern einzusetzen, z. B. in Form eines Newsletters. *„Kommunizieren Sie, was, wann, wo und warum passiert“*, so die ver.di-Vertreter. Häufig kommen Informationen aus der Senatsverwaltung für Finanzen nicht oder nicht vollständig bei den Beschäftigten in den Finanzämtern an. Durch eine regelmäßige Information könnten Entscheidungen erklärt und Entwicklungen frühzeitig beschrieben werden. *„Jeder Kaninchenzüchterverein hat ein Vereinsblatt, große Unternehmen informieren ihre Beschäftigten regelmäßig in Newslettern“*, so Eric Lausch. Auf die Frage der Abteilungsleiterin, die den Vorschlag für überlegenswert hielt, wer denn eine solche Information bei den aktuellen Belastungen zusätzlich herstellen könnte, wiesen die ver.di-Vertreter darauf hin, dass die meisten Texte in Pressemitteilungen oder E-Mails bereits geschrieben seien. Eine Zusammenstellung und Veröffentlichung im AIS sollte daher möglich sein.